

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 9/2006

29. November 2006

Sozial ausgewogene Pensionserhöhung

Die heute beschlossenen Pensionserhöhungen für 2007 tragen die sozialpolitische Handschrift der ÖVP. Die Steigerung liegt deutlich über der Inflationsrate, es gibt also mehr Geld für die Senioren. Alle Pensionen bis zu einer Höhe von 1.920 Euro werden um 1,6 Prozent erhöht. Höhere Pensionen steigen um 30 Euro. Dazu gibt es im Jahr 2007 eine sozial gestaffelte Einmalzahlung:

- Personen mit bis zu 1.380 Euro Pension bekommen zusätzlich eine Zahlung von 60 Euro.
- Bis zu einer Pensionshöhe von 1.920 Euro beträgt die Einmalzahlung 45 Euro.
- Über 1.920 Euro Pension liegt diese Zahlung bei 25 Euro.

Höhere Mindestpensionen nützen dem Burgenland besonders

Wovon das Burgenland besonders profitieren wird, ist die Anhebung der Mindestpensionen, über die nun Einigung erzielt wurde. Die Ausgleichszulagen für Alleinstehende werden von 690 auf 726 Euro (+5,22 %), jene für Ehepaare von 1.055 auf 1.091 Euro (+ 3,4 %) angehoben. Im Burgenland gibt es besonders viele Ausgleichszulagenbezieher und viele relativ geringe Pensionshöhen. Die Anhebung der Ausgleichszulagen wird vielen Pensionisten zusätzliche Möglichkeiten wie etwa die Befreiung von den Rezeptgebühren bringen. Zur Erinnerung: Auf Initiative der ÖVP wurden allein in den letzten sechs Jahren die Mindestpensionen für Alleinstehende um insgesamt 100 Euro erhöht.

Mehr Geld für Arbeitsvermittlung

Zur Fortsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben wir zusätzliche Mittel von 204 Millionen Euro für das Arbeitsmarktservice beschlossen. Insgesamt stehen damit 845 Millionen Euro zur Verfügung.

Beschäftigung von nicht angemeldeten ausländischen Pflegekräften vorläufig straffrei

Für die Beschäftigung von ausländischen Pflegekräften in privaten Haushalten hat der Nationalrat eine Übergangslösung gefunden. Bis zur kompletten Neuregelung des Pflegesektors Mitte 2007 bleibt die Beschäftigung von nicht angemeldeten Pflegekräften straffrei. Voraussetzung ist, dass das Betreuungspersonal sozialversichert wird. Verwaltungsstrafen gibt es somit nicht, zivilrechtlich könnten sich freilich Pfleger und Sozialversicherung weiter an den Auftraggebern schadlos halten.

Olympische Winterspiele 2014 in Salzburg

Der Nationalrat hat eine wichtige Voraussetzung für mögliche Olympische Winterspiele in Salzburg geschaffen. Er hat die Bundesregierung ermächtigt, eine Haftung zur Abdeckung außerordentlicher Ereignisse zu übernehmen. Diese kommt dann zum Tragen, wenn das Land Salzburg 40 %, die Stadt Salzburg 10 % und die Durchführungsgemeinden ebenfalls 10 % dieser Haftung übernehmen.

Meine Ausschussmitgliedschaften

Die insgesamt 37 Ausschüsse unter Ausschüsse des Nationalrats, die die einzelnen Fachmaterien vorberaten, haben sich konstituiert. Ich selber gehöre fünf Ausschüssen an: dem Verkehrsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Industrie, dem Außenpolitischen Ausschuss, dem Justizausschuss und dem Menschenrechtsausschuss. Dazu wird voraussichtlich eine Mitgliedschaft im noch zu bildenden Unterausschuss für Entwicklungszusammenarbeit kommen.